

W-1

Titel Die Irrfahrt vor dem Crash beenden – Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen!

Antragsteller*innen

Adressat*innen

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Die Irrfahrt vor dem Crash beenden – Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen!

- 1 Öffentliche Investitionen sind die Grundlage für den Weg in ein ökologisch nachhaltig produzierendes, digi-
- 2 tales und sozial gerechtes Zeitalter. Als SPD fordern wir Investitionen in Daseinsvorsorge, in ein ausgebautes
- 3 Mobilitätssystem, stabile
- 4 Energienetze bestehend aus erneuerbaren Quellen sowie moderne, lückenlose
- 5 Breitbandverkabelung. Diese überfälligen, aber erheblichen Ziele sind nur mittels voluminöser öffentlicher
- 6 Investitionen zu erreichen. Im Jahr 2009 implementierte der Gesetzgeber eine Deckelung dieser öffentlichen
- 7 Investitionen im Grundgesetz – die sogenannte Schuldenbremse. Der Artikel 109 Abs. 3 GG legt ein grundsä-
- 8 tzliches Verbot von struktureller Neuverschuldung für die Länder und ein maximales
- 9 Neuverschuldungsniveau von 0,35 Prozent für den Bund fest. Die länderspezifische
- 10 Ausgestaltung der Schuldenbremse ist laut Art. 109 Abs. 3 GG von den Ländern im
- 11 Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen individuell in der
- 12 Landesverfassung oder im Haushaltsrecht festzusetzen. Ausnahmen von der Schuldenbremse sind nur bei
- 13 außergewöhnlichen Ereignissen wie schweren Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen vorgesehen.
- 14 Als Reaktion auf die Corona-Krise wurde die Schuldenbremse vorläufig ausgesetzt. Erst das ermöglichte so-
- 15 wohl die Krisenmaßnahmen der Bundesrepublik als Reaktion auf die Pandemie als auch die bisherigen sozialen
- 16 Ausgleichsmaßnahmen aufgrund der gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise.
- 17 Die Schuldenbremse als undemokratische Investitionsbremse
- 18 Ausgehend von einem fehlgeleiteten Verständnis von Generationengerechtigkeit und dem Sparen als Selbst-
- 19 zweck verankerte der Gesetzgeber mit der Schuldenbremse einen Mechanismus, der seine eigene Handlungs-
- 20 fähigkeit insbesondere in den
- 21 Bereichen öffentlicher Investitionen in Daseinsvorsorge, sozialpolitischen Instrumenten sowie aktiver und ge-
- 22 staltender Wirtschaftspolitik nachhaltig beschränkt. Das Haushaltsrecht ist die entscheidende Kompetenz des
- 23 Parlaments. In Zeiten, in denen entscheidende Zukunftsaufgaben gelöst werden müssen, bedeutet eine sol-
- 24 che Deckelung die Beraubung politischen Handlungsspielraums für progressive Akteure und Parteien, die den
- 25 Anspruch haben, für kommende Generationen das Versprechen auf eine bessere Zukunft einzulösen.
- 26 Die Klimaschutzbremse
- 27 Die Bedingung für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Industrie ist ein
- 28 handlungsfähiger und starker Staat.

29 Generationengerechte Politik bedeutet effektiv, die Voraussetzungen für das Lösen von überfälligen Transformationsaufgaben wie beispielsweise dem Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie dem Ende von Verbrennungstechnologien im
30
31 Automobilsektor zu schaffen. Junge Menschen demonstrieren auf den Straßen nicht für schwarze
32 Zahlen, sondern für den Erhalt einer lebenswerten Zukunft und für das
33 Ernstnehmen der Klimakrise. Die Weigerung konservativer politischer
34 Verantwortungsträger*innen, die notwendigen finanziellen Mittel dafür in die Hand zu nehmen, überlässt der
35 Privatwirtschaft, die Bekämpfung dieser existenziellen Krise und stellt damit ein Scheitern sicher.
36
37 Die Krisenuntauglichkeit der Schuldenbremse
38 Im Zuge der Corona Pandemie hat der Bund etwa 130 Milliarden neue Schulden aufgenommen. Zur Bewältigung der Krise genutzte Neuauflagen sind so weit mit der Schuldenbremse vereinbar. Doch schon während
39 der Krise wurde vonseiten der
40 Union angekündigt, diese erhöhten Ausgaben zukünftig mit noch strengerer Haushaltsdisziplin und damit mit
41 der Streichung von Zukunftsinvestitionen oder sozialpolitischen Ausgaben auszugleichen. Gleiches wurde in
42 Verbindung mit den Entlastungspaketen im Laufe dieses Jahre gefordert. Ab 2023 werden die öffentlichen
43 Haushalte zudem wieder an den Maßgaben von Art 109 und 115 GG messen lassen müssen. Zusätzlicher
44 Druck entsteht dadurch, dass sowohl das Sondervermögen für Klima und Transformation, als auch das für die
45 Bundeswehr Sondertilgungen nach sich ziehen werden, die künftige Haushalte besonders belasten..
46
47 Die Schuldenbremse in seiner aktuellen Form wirkt entgegen antizyklischer Finanzpolitik, da sie erst im Abschwung bzw. krisenartigen Situationen den haushaltspolitischen Raum für die Stabilisierung des Konjunkturzyklusses eröffnet. Weiterhin fehlen bis heute Belege (national und international), dass Fiskalregelung zur Deckelung der Neuverschuldung Schuldenquoten tatsächlich verringern. Prozyklische Finanzpolitik kann durch
48
49 negative Effekte auf Steuereinnahmen, Arbeitslosigkeit und das Bruttoinlandprodukt Volkswirtschaften sogar
50 zusätzlich destabilisieren.
51
52 Sowohl die Corona-Krise, als auch das vergangene Jahr haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass Bund und die
53 Länder auch finanzpolitisch handlungsfähig sind. Diese Handlungsfähigkeit gilt es auch zukünftig zu bewahren
54 und gleichzeitig den Parlamenten das volle Budgetrecht über die jährlichen Ausgaben einzuräumen.
55
56 Daher fordern wir:
57
58 1. Die Anerkennung, dass Deckelung von Neuverschuldung in Form der Schuldenbremse oder der europäischen Maastricht-Kriterien im Grundsatz falsch sowie dysfunktional sind und daher abgeschafft gehören. Wenn Sparen zum Selbstzweck wird, stranguliert dies die ökonomische und politische Handlungsfähigkeit eines Staates und untergräbt so seine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung
59
60
61 2. Die kurzfristige Verlängerung der vorübergehenden Aussetzung der Schuldenbremse auch über das Jahr 2022 hinaus.
62
63 3. Die Streichung der Paragraphen Art. 109 und 115 GG aus dem Grundgesetz. Die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag sowie (N.N) soll sich zum nächstmöglichen Zeitpunkt für dessen ersatzlose Streichung einsetzen.
64
65
66 4. Die Streichung etwaiger Regelungen in den jeweiligen Landesverfassungen, welche ebenfalls oder in einer vergleichbaren Form die Deckelung öffentlicher
67
68 Ausgaben vorsehen. Die jeweiligen sozialdemokratischen Fraktionen in den Landesparlamenten sollen sich um die entsprechenden Streichungen bemühen.
69

Antragsteller*innen

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: